



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE ENERGIEUNION AUS POLNISCHER PERSPEKTIVE

- | | |
|--|---|
| ■ ANALYSE | |
| Die Energieunion – die Sicht der Vertreter des polnischen Energiesektors | 2 |
| Łukasz Wenerski, Warschau | |
| ■ STATISTIK | |
| Der polnische Energiemix | 7 |
| <hr/> | |
| ■ CHRONIK | |
| 7. Juli 2015 – 31. August 2015 | 8 |

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT



Forschungsstelle
Osteuropa

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Energieunion – die Sicht der Vertreter des polnischen Energiesektors

Lukasz Wenerski, Warschau

Zusammenfassung

Der Autor beschreibt die Wahrnehmung und Bewertung des Aufbaus einer europäischen Energieunion, eine der Prioritäten der Europäischen Kommission, in Polen. Die Initiative der 2014 ins Amt gekommenen Kommission hat einen ausgewogenen Energiemarkt zum Ziel, wobei Energiesicherheit und Klimapolitik nicht nur keinen Gegensatz mehr darstellen, sondern einander sogar ergänzen sollen. Die Analyse wurde auf der Grundlage von Interviews mit Vertretern des polnischen Energiesektors im Februar und März 2015 erstellt. Gesprächspartner waren Vertreter der öffentlichen Verwaltung und von Unternehmen, Ökologen, Journalisten und Wissenschaftler.

Das russische Engagement im Konflikt in der Ukraine führte zu einer deutlichen Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland. Als Konsequenz der aggressiven Politik Russlands gegenüber der Ukraine ergab sich unter den EU-Staaten die Frage, inwieweit das Thema Energie im russisch-ukrainischen Konflikt weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird und ob die EU-Staaten nicht zum wiederholten Male von der Einstellung russischer Gaslieferungen bedroht sein würden. Bereits die russisch-ukrainischen Konflikte der Jahre 2006 und 2009 hatten offenbart, dass die Energiepartnerschaft mit Russland keine Sicherheit für Gaslieferungen in Krisenzeiten garantiert.

Aus diesem Grund rief der Europäische Rat die Europäische Kommission am 21. März 2014 dazu auf, eine erweiterte Analyse des Problems der Energiesicherheit der EU vorzulegen. Polen schaltete sich rasch in die Diskussion über die Energiezukunft Europas ein. Der damalige Ministerpräsident Donald Tusk stellte im April 2014 eine »Roadmap für eine Energieunion für Europa. Non-paper zu den Herausforderungen der Energieabhängigkeit der EU« vor. Es handelt sich um das Projekt einer Energieunion, die auf sechs Säulen basieren soll: Entwicklung und Finanzierung der Infrastruktur, Solidaritätsmechanismus, Stärkung der Verhandlungskompetenzen gegenüber externen Lieferanten, Entwicklung eigener Energiequellen, Diversifizierung der Öl- und Gaslieferungen, Stärkung der Energiegemeinschaft. Tusk verglich die Situation auf dem Gasmarkt mit der Bildung der Bankenunion während der Finanzkrise. »Unabhängig von der Entwicklung der Ereignisse in der Ukraine wird die Hauptlektion für Europa sein, dass es durch die Abhängigkeit von Russland geschwächt werden wird«, schrieb er in einem Artikel für die »Financial Times« und schlug vor, dass die Europäische Union eine Einheit bilden solle, die für den Einkauf von Erdgas verantwortlich sein solle.

Eine Antwort auf die bisher unzureichende Politik der EU und die Herausforderungen im Zusammenhang

mit der Verbesserung der Energiesicherheit ist die Mitteilung der Europäischen Kommission »Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie« vom 25. Februar 2015. Strategische Priorität des vom Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, vorgestellten Vorschlags ist nicht nur die Erhöhung der Energiesicherheit, sondern auch der Aufbau eines starken Marktes und einer zukunftsweisenden Klimapolitik. Im Dokument heißt es dazu, dass die Europäische Union in der Lage sein soll, auf plötzliche Ereignisse solidarisch zu antworten, ihre Möglichkeiten zu nutzen und zukünftige Entwicklungswege des Energiemarktes und der Energietechnologien vorzusehen.

Energieunion – allgemeine Bewertungen der Vertreter des polnischen Energiesektors

Sowohl die *Rahmenstrategie* der Europäischen Kommission von Februar 2015 als auch der Vorschlag der polnischen Regierung von April 2014 wurden von Akteuren des polnischen Energiesektors breit kommentiert und analysiert. Die *Rahmenstrategie* der Europäischen Kommission wird in Polen als Antwort auf den Vorschlag von Donald Tusk aufgefasst. Die Akteure des Energiesektors in Polen bewerten diese beiden Dokumente und die Beziehung zwischen ihnen unterschiedlich. Die *roadmap* der polnischen Regierung wurde im Inland sowohl von der staatlichen Verwaltung und den Unternehmen als auch einem Teil der Journalisten recht positiv aufgenommen. Gleichzeitig unterstrichen manche Vertreter der Energiebranche, ohne jedoch einen Vorwurf daraus zu machen, dass das Dokument ausschließlich politischen Charakters sei und dem Beginn einer Diskussion über die Energiesicherheit in Europa dienen sollte.

Im Gegensatz zur Reaktion auf den Vorschlag der polnischen Regierung wurde die *Rahmenstrategie* der Europäischen Kommission von Februar 2015 in Polen reservierter aufgenommen. Die Mehrheit der Vertreter der polnischen Regierungsadministration, der Unternehmer und des journalistischen Milieus beurteilt den

Inhalt des Dokuments der Europäischen Kommission als »mittelmäßig« aus polnischer Sicht. In der *Rahmenstrategie* würden die aktuellsten Konzepte zur Entwicklung des Energiemarktes der Europäischen Union und der Beziehungen der EU zu Drittstaaten aufgeführt; nicht enthalten seien allerdings bahnbrechende Ideen. Die Vorschläge der Europäischen Kommission erfüllen nicht die Erwartungen, die ein Jahr zuvor in der von der Regierung Tusk veröffentlichten *roadmap* geweckt worden waren. Unterschiedlich sind jedoch die Interpretationen, warum die von der Europäischen Kommission formulierten Vorschläge nicht ganz den polnischen Erwartungen entsprechen. Manche unterstreichen, dass die aktuelle Version des Dokuments das Ergebnis eines Konsens ist, der auf EU-Ebene erreicht werden konnte. Andere wiederum, vor allem Vertreter von Energieunternehmen und Journalisten, legen nahe, dass im Verlauf der Verhandlungen zum Konzept der Energieunion, die sich eigentlich auf die Energiesicherheit konzentrieren sollte, auch alle anderen mit der europäischen Energiewirtschaft verknüpften Aspekte hinzugenommen worden waren, die in den letzten Jahren Einzug in die Agenda der Europäischen Union gefunden hatten, so zum Beispiel die Klimapolitik mit Forschung und Entwicklung. Nach Meinung vieler Interviewpartner relativiert die aktuelle *Rahmenstrategie* der Europäischen Kommission die Frage der Energiesicherheit, verstanden als Sicherheit für die Lieferung der Energierohstoffe, und stellt sie als gleichbedeutend neben andere Themen, die ebenfalls wichtig sind, aber nicht Teil des eigentlichen Konzepts einer Energieunion.

Die Garantie der Liefersicherheit

Eine der grundlegenden Voraussetzungen des Konzepts der Energieunion, wie sie von Polen im April 2014 vorgeschlagen wurde, ist die Garantie der Energiesicherheit für die Staaten der Europäischen Union, worunter die Sicherheit der Energielieferungen aus Drittländern zu verstehen ist. Es geht dabei um die Ausarbeitung von Mechanismen, die die EU in die Lage versetzen sollen, ihre Mitgliedsländer wirksam vor den Konsequenzen solcher Ereignisse wie den Energielieferkrisen in den Jahren 2006 und 2009 zu schützen. Damals hatte der Streit zwischen Russland und der Ukraine über ausstehende Zahlungen und die Gaspreise dazu geführt, dass die russische Seite die Gaslieferungen in die Ukraine einstellte. Da der größte Teil der Gas- und Erdölpipelines nach Europa über das Territorium der Ukraine läuft, bedeutet die Einstellung von Lieferungen in die Ukraine, dass die anderen europäischen Staaten, die russisches Gas importieren, ebenfalls keine Lieferung erhalten.

Daran anknüpfend, wurden in der *roadmap* Vorschläge formuliert, und zwar Diversifizierung der Quel-

len der importierten Energierohstoffe, Einführung von Solidaritätsmechanismen und Ausbau der Verhandlungsstärke der Europäischen Union auf dem globalen Energiemarkt. Das größte Echo in den polnischen Medien fand der Vorschlag, den Mechanismus der Nachfrageaggregation für externe Gaseinkäufe auf EU- oder Regionen-Ebene einzuführen. Die Stärkung der Verhandlungsposition der EU-Staaten im Bereich Energie ist nach Einschätzung eines Teils der Vertreter der polnischen Regierungsadministration eine sehr wichtige Aufgabe, insbesondere da die EU-Mitgliedsländer zusammen der weltweit größte Importeur von Energieträgern sind. So hätten sie das Potential, über eine deutlich gewichtigere Verhandlungsposition zu verfügen. Jedoch, so unterstreicht ein hochrangiger Vertreter der Regierungsadministration im Interview, ist der Energiemarkt zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten nicht auf den Klienten ausgerichtet, sondern auf den Lieferanten. Obwohl die EU einer der Hauptabnehmer für Energierohstoffe ist, lasse sie sich die Bedingungen für Energieeinkäufe diktieren.

Gemeinsame Einkäufe

Wie bereits erwähnt, wurde die *Rahmenstrategie* der Europäischen Kommission von Februar 2015 vom Großteil der Vertreter der Energiebranche in Polen zurückhaltend aufgenommen. Besonders viele Vorbehalte weckt das Konzept der gemeinsamen Gaseinkäufe, das von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wird. Die Kommission erklärte, dass eventuelle Kooperationsmechanismen in diesem Bereich und Verhandlungen mit Partnern aus Drittländern freiwillig sein sollten. Ein Teil der Interviewpartner aus der Regierungsadministration äußert Enttäuschung über das von der EU vorgeschlagene Konzept der gemeinsamen Einkäufe und stellt fest, dass vom polnischen Vorschlag »nur eine verkümmerte Version übrig geblieben ist, die sehr vom ursprünglichen Vorschlag abweicht«. Gleichzeitig meint die Mehrheit der Interviewpartner aus dem polnischen Energiesektor, dass der Vorschlag Polens zu gemeinsamen Gaseinkäufen von Beginn an nur geringe Erfolgsaussichten gehabt hatte. Zwei Aspekte seien dafür ausschlaggebend gewesen: vor allem der politische Wille der EU-Mitglieder und des Weiteren die Zweifel an einer rechtlichen Regulierung der Art und Weise, wie die Einkäufe vorstatten gehen sollten.

Nach Einschätzung vieler Vertreter der Regierungsadministration und der Energieunternehmen, die die Entwicklung der Situation im Energiesektor laufend verfolgen, sehen die EU-Staaten keine Notwendigkeit, im Energiesektor mit einer Stimme zu sprechen. Manche erklären dies mit der Abneigung, Kompetenzen für die Energiesicherheit des Landes der EU zu übertragen.

Andere zeigen sich überzeugt, dass diese Länder nicht ihre günstigen finanziellen Bedingungen verlieren wollen, die sie aushandeln konnten und die im Falle eines aggregierten Einkaufs für die gesamte EU oder auch nur für eine Region schwerer zu erreichen wären. Hinzu kommt das Argument, dass ein Teil der Staaten nicht die komplizierte Situation der Länder berücksichtigt, die ab 2004 der EU beigetreten sind und die mehrheitlich von einer einzigen externen Energiequelle abhängig sind; diese Staaten befinden sich damit in einer vollkommen anderen Lage.

Die Bedeutung der Diversifizierung der Lieferungen für die Energiesicherheit

Die Vertreter des polnischen Energiesektors konzedieren, dass in der *Rahmenstrategie* der Europäischen Kommission von Februar 2015 der Diversifizierung der Energielieferungen an die EU viel Platz eingeräumt wird. Sie unterstreichen, dass es aus polnischer Sicht besonders wichtig ist, unter dem Begriff der Diversifizierung zwei Aspekte zu unterscheiden. Zum einen die Diversifizierung der Lieferwege der Energieträger in die Europäische Union, zum anderen die Diversifizierung der Quellen, das heißt der Länder, aus denen der gekaufte Energieträger stammt. Die Erschließung neuer Lieferwege, die erlaubt, Gas oder Erdöl aus anderen Ländern als Russland einzuführen, hat zur Folge, dass Polen grundsätzlich von Lieferungen vom östlichen Nachbarn unabhängig werden kann. Eine Folge wäre dann die bessere Verhandlungsposition Warschaws gegenüber dem Kreml, wenn Polen Energieträger von Russland kaufen will.

Für die Verhandlungsposition Polens hat die Fertigstellung des Flüssiggasterminals in Swinemünde (Swinoujście) Schlüsselbedeutung. Sowohl Vertreter der Regierungsadministration und Journalisten, die sich mit der Energieproblematik beschäftigen, als auch Vertreter von Energieunternehmen stimmen darin überein, dass der Terminal nur dann seine Funktion erfüllen wird, wenn er vor dem Beginn neuer Verhandlungen mit Russland über Gasimporte in Betrieb genommen wird. Der bestehende Vertrag zwischen dem polnischen Energiekonzern PGN und dem russischen Gazprom läuft bis 2022, so dass der Terminal entsprechend früher seine Arbeit aufnehmen müsste, um bei den Verhandlungen als Argument eingesetzt werden zu können.

Transparenz der Verträge mit externen Partnern

Größtes Gewicht legt Polen darauf, dass EU-Institutionen an dem Prozess beteiligt werden, Kooperationsmechanismen zwischen den EU-Ländern und exter-

nen Partnern zu entwickeln. Außerdem werden breit angelegte Aktivitäten für die Diversifizierung der Quellen und Lieferwege gefordert, da davon die strategische Sicherheit des Landes abhängt. Polen tritt für Mechanismen wie gemeinsame Gaseinkäufe und die verpflichtende Teilnahme eines Vertreters der Europäischen Kommission im Verhandlungsprozess über neue Verträge ein, da Warschau – so wie andere ostmitteleuropäische Staaten, die ab 2004 EU-Mitglieder wurden, – einen vollkommen anderen Hintergrund hat als die alten Mitgliedsländer, und zwar nicht nur, was die Lieferung und die Diversifizierung der Lieferanten, sondern auch die rechtliche Ausgestaltung dieser Beziehungen betrifft. So betonte ein Vertreter der Regierungsadministration im Interview: »Nur mit den Staaten unserer Region werden unabhängig von den Handelsverträgen zwischen den Unternehmen, beispielsweise für Gaslieferungen, außerdem Verträge zwischen den Regierungen abgeschlossen, das heißt zwischen dem jeweiligen Staat und der Russischen Föderation. Diese Verträge garantieren die Umsetzung der Handelsverträge. Ein solches Prozedere ist für einen Staat nicht günstig, denn es bedeutet, dass die Regierung die Bezahlung für die Gasabnahme aus dem Haushalt garantiert. Das heißt, sollte das Unternehmen die finanziellen Verpflichtungen nicht erfüllen, muss der Staat die gesamte Verantwortung übernehmen.« Einzelne Staaten, darunter Polen, »sind nicht in der Lage mit diesen Inter-Regierungsabkommen, die mit Russland geschlossen werden müssen, fertig zu werden, und nur die Zusammenarbeit auf der Ebene der EU, die von europäischen Institutionen wie der Europäischen Kommission koordiniert und vom Europäischen Rat akzeptiert würde, kann bei der Lösung dieser komplizierten Situation helfen.«

Diplomaten unterstreichen, dass die Fragen der rechtlichen Architektur der Verträge mit Drittstaaten und nicht das Thema gemeinsamer Gaseinkäufe der Hauptstreitpunkt bei der Konzeptionierung der Energieunion gewesen waren. Hier geht es um die Transparenz der Verträge mit Partnern außerhalb der Europäischen Union, das heißt um die Vermeidung der Situation, dass von dritter Seite unterschiedliche Standards an die EU-Staaten angelegt werden. Neben dem Muss, zusätzlich zum Handelsvertrag noch einen Vertrag zwischen den Regierungen zu unterzeichnen, geht es hier beispielsweise um das Verbot des Re-Exports von nicht verbrauchtem Gas in ein anderes Land oder um die nur mit einem Teil der Staaten vereinbarte Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis. Vertreter des polnischen Außenministeriums heben hervor, dass für Polen gegenwärtig die Transparenz der Verträge ein Schlüsselement der Energieunion in Hinblick auf die Energiesicherheit ist.

Der wettbewerbsfähige und integrierte Energiemarkt

Eine der Prioritäten der Europäischen Kommission für die Energieunion ist die vollständige Integration des europäischen Energiemarktes. Vorgeschlagen wird eine Vielzahl von Lösungen, die sowohl den Ausbau der Infrastruktur betreffen, die die Energiemärkte verschiedener EU-Länder verbinden soll, als auch die Implementierung einer EU-Gesetzgebung, die die Energiesektoren der EU-Staaten in rechtlicher Hinsicht annähern soll. Unter dem Begriff eines integrierten gemeinsamen Energiemarktes versteht die Europäische Kommission auch die Entwicklung von Kooperationen auf regionaler Ebene und die Sorge um den Energieendabnehmer, wobei sie dieser Frage deutlich mehr Raum gibt als die polnische Regierung in ihrer *roadmap*. Vertreter der Regierungsadministration, der Unternehmen, Journalisten und Experten betonten, dass, obwohl sich die Europäische Kommission für einen einheitlichen Energiemarkt ausspricht, diese Idee noch lange Zeit nur auf dem Papier existieren wird. Grund dafür seien »Energie-Nationalismen« der Mitgliedsstaaten. Dies betrifft die deutliche Mehrheit der EU-Länder – auch Polen. Die Interviewpartner aus der Regierungsadministration wiesen kritisch darauf hin, dass in Frankreich, Polen und Deutschland alle die Entwicklung des Binnenenergiemarktes unterstützen, aber »nur jeweils dann, wenn unser Land obenauf ist, das heißt dann, wenn unser Land autark in Sachen Energie ist und den integrierten Markt für den Export des Überschusses an produzierter Energie nutzen könnte«. Niemand ist zu einer realen Öffnung des Marktes und der Übertragung einer größeren Anzahl von nationalen Befugnissen auf die Ebene der europäischen Institutionen bereit, denn dies würde die Gefährdung der nationalen Interessen bedeuten, wozu auch die Energiesicherheit des Landes gehört.

Der Ausbau der Infrastruktur

Die Schaffung eines gemeinsamen Energiemarktes erscheint den Vertretern des polnischen Energiesektors heute wenig realistisch, denn die EU-Staaten sind wenig zur Vertiefung der Zusammenarbeit bereit. Es ist jedoch sinnvoll, Veränderungen über kleinere Schritte herbeizuführen, beispielsweise über die Umsetzung des Vorschlags der Europäischen Kommission, Infrastrukturen für Elektrizität zu schaffen und »bis zum Jahr 2020 mindestens 10 Prozent der vorhandenen Erzeugungskapazitäten der Mitgliedstaaten in Verbünde zu integrieren«, wie es in der *Rahmenstrategie* der Europäischen Kommission heißt. Interviewpartner der Regierungsadministration und eines Teils der Unternehmensvertreter weisen darauf hin, dass dieses Ziel aus polnischer Perspektive eine ungeheure Herausforderung ist, da das Niveau in

Polen aktuell zwei Prozent beträgt. Noch weniger in den europäischen Elektrizitätsverbund integriert sind nur Zypern und Malta. Dieses niedrige Niveau bewirkt, dass Polen einen Inselstatus hat, das heißt ein Land ist, das auf dem Feld der Elektrizität von anderen Staaten isoliert ist. Um diesen Zustand zu ändern und das gesetzte Ziel von zehn Prozent zu erreichen, wurden drei Infrastrukturprojekte, die Polen mit seinen Nachbarn verbinden, auf die Liste der »Projects of Common Interest« (PCI) gesetzt. Vertreter der Regierungsadministration, Experten und Unternehmer unterstreichen, dass die Entwicklung der Infrastruktur, die die europäischen Wirtschaften verbindet, insbesondere die Entwicklung der Infrastrukturen in Ostmitteleuropa, ein Schlüssel für die Stärkung der Energiesicherheit bestimmter EU-Länder ist, darunter auch Polen. Gleichzeitig jedoch – so die Warnung der Interviewpartner – wird die Intensivierung der Sicherheit auch bei Fertigstellung entsprechender Infrastrukturnetze nicht möglich sein, solange die europäischen Länder ihre »Energie-Nationalismen« nicht überwinden.

Ein ausgeglichener Energiemarkt

Die Europäische Union legt seit Jahren besonderen Nachdruck auf die Entwicklung einer EU-Energiepolitik, die dem Klima am wenigsten schadet. In der *Rahmenstrategie* von Februar 2015 wurde das Ziel der 40-prozentigen Reduktion von CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 bekräftigt. Nach Ansicht der Unternehmensvertreter, aber auch mancher Journalisten war es ein Fehler, die Klimapolitik in die *Rahmenstrategie* einzubeziehen, die ursprünglich ein Dokument zur Garantie der Energiesicherheit mittels interner Integration und einer gemeinsamen Außenpolitik hatte sein sollen. Als Grund wird angeführt, dass jenes Ziel das ursprüngliche Anliegen schwäche – es existiere keine solche direkte Verbindung zwischen der Politik der Energiesicherheit und der Klimapolitik, wie sie von den Vertretern der EU-Institutionen und einem Teil der EU-Mitgliedstaaten gesehen wird. Die Energiesicherheit beruht auf der Garantie der Lieferkontinuität für einen angemessenen Preis, ohne Berücksichtigung der Art des Energierohstoffs.

Ein Teil der Interviewpartner des polnischen Energiesektors vertritt die Ansicht, dass sich ein Zusammenhang zwischen der Politik der Energiesicherheit der EU und ihrer Klimapolitik feststellen lässt, dieser aber nicht so ausgeprägt ist, wie aus Botschaften der Europäischen Kommission oder der Regierung mancher EU-Mitgliedstaaten hervorgeht. Von der Bedeutung der Dekarbonisierung und der Rolle der Klimapolitik zeugen zwar Erklärungen, die im Zusammenhang mit dem Weltklimagipfel in Paris im Dezember 2015 abgegeben werden. Doch auch wenn es nicht gelingen würde, einen

globalen Kompromiss in Sachen Reduktion der CO₂-Emissionen zu schließen, sollte die Europäische Union sowieso die beschlossenen Reduktionsziele auch einseitig erreichen. Daher verhält sich die polnische Regierung zu dem Konzept »es gibt keine starke Energiepolitik ohne Klimapolitik« neutral, wohl wissend, dass eine so stark akzentuierte Klimapolitik aufrechterhalten werden muss, um Kompromisse auf anderen Feldern der Energiepolitik zu erreichen.

Die dritte Gruppe sind die Ökologen, für die Energiesicherheit und Klimapolitik eng miteinander verbunden sind; aus den Zielen der Klimapolitik sollten folglich Maßnahmen zur Modernisierung des Energiemarktes in Polen entwickelt werden. In diesem Verständnis ist die Klimapolitik das wichtigste Element, das über die Zukunft der Energiesicherheit des Staates entscheidet. Eine ähnliche Meinung präsentieren auch Vertreter anderer Branchen, darunter ein Teil des journalistischen Milieus. Hier wird auf die Rolle der erneuerbaren Energien hingewiesen und darauf, dass man sich in Zukunft nicht der dominierenden Rolle dieser Energiequelle in den Wirtschaften der EU-Länder wird entziehen können. Je schneller entsprechende Änderungen im Energiesektor eingeführt werden, desto gewisser wird die Energiesicherheit in der Zukunft sein. Eine enge Abhängigkeit zwischen der Klimapolitik und der Sicherheitspolitik unterstreichen auch viele Wissenschaftler unter den Interviewpartnern.

Einen wichtigen Stellenwert nimmt die Frage der Energieeffizienz in der *Rahmenstrategie* der Europäischen Kommission ein. Sie wurde als eigene, dritte Priorität bestimmt und ist eng mit der Klimapolitik verknüpft, denn eine bessere Nutzung der produzierten Energie hat positive Auswirkungen auf die Umwelt. Der Europäische Rat hatte im Oktober 2014 festgelegt, dass die EU bis zum Jahr 2030 ihre Energieeffizienz auf 27 Prozent erhöht haben soll, was die Europäische Kommission in ihrer *Rahmenstrategie* einige Monate später aufgriff. Außerdem wurden die Mitgliedsstaaten verpflichtet, die Richtlinie 2012/27/EU umzusetzen, die den EU-Ländern auferlegt, von 2014 bis 2020 in jedem Kalenderjahr neue Einsparungen in Höhe von 1,5 Prozent nachzuweisen.

Vertreter des polnischen Energiesektors weisen darauf hin, dass Polen über ein enormes Potential verfügt und die gesetzten Ziele erreichen wird, allerdings nur dann, wenn der politische Wille dafür besteht. Dies könnte jedoch ein Problem sein, denn wie ein Interviewpartner der Regierungsadministration äußerte, »müssen bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Vergrößerung der Energieeffizienz die Kosten jetzt getragen werden, die Wirkungen werden sich aber erst in der Zukunft zeigen. Die Förderung einer effektiveren Ausnutzung der Energie ist ein Eingriff des Staates und bedeutet eine

Belastung für den öffentlichen Haushalt.« Ein Beispiel für Verspätungen auf polnischer Seite ist die Implementierung der Richtlinie 2012/27/EU, die den Empfehlungen der Europäischen Kommission gemäß bis Juni 2014 in das nationale Recht überführt werden sollte. In Polen wurde sie bisher nicht angenommen.

Fazit

Die Idee der Energieunion wird im Allgemeinen positiv bewertet, unterschiedlich sind allerdings die Ansichten über die zwei Hauptkonzepte, das von der Regierung Tusk im April 2014 präsentierte Konzept der *roadmap* und das von der Europäischen Kommission im Februar 2015 als *Rahmenstrategie* verfasste Konzept.

Nach Meinung der Mehrheit der Vertreter des polnischen Energiesektors ist die *Rahmenstrategie* der Europäischen Kommission für Polen weniger vorteilhaft. Das Hauptproblem stellt die weniger ambitionierte Annäherung an die Themen gemeinsame Gaseinkäufe sowie Transparenz der Gasverträge und Beteiligung der Europäischen Kommission am Verhandlungsprozess mit externen Partnern dar. In die *Rahmenstrategie* wurden demnach zu viele andere Themen aufgenommen, unter anderen klimapolitische Anliegen, was das grundlegende Ziel der Energieunion, das heißt die Garantie der Energiesicherheit der EU-Staaten, verwäscht. Andererseits erkannte ein Teil der Vertreter der Regierungsadministration an, dass der aktuelle Vorschlag der Europäischen Kommission, der im März 2015 vom Europäischen Rat im Ergebnis der Zustimmung aller 28 EU-Mitgliedsstaaten akzeptiert wurde, für Polen ein guter Ausgangspunkt ist und ermöglicht, sowohl an der Frage der Transparenz der Verträge als auch der gemeinsamen Einkäufe weiter zu arbeiten.

In der Analyse der Energiesicherheit Polens heben die Vertreter des Energiesektors einige Probleme heraus. Eine besonders häufig auftretende Frage ist die der Garantie der Liefersicherheit von Erdgas aus Russland. Die Interviewpartner unterstreichen außerdem den Ausbau der Energieinfrastruktur als wesentlich, sowohl in Polen als auch als Verbindung zwischen Polen und den anderen EU-Staaten. Genannt wird außerdem, wenn auch seltener, der Aspekt der Energiesicherheit, verstanden als Garantie eines für den Verbraucher akzeptablen Preises.

Die Vertreter des polnischen Energiesektors äußern sich unterschiedlich über das mit der Klimapolitik verbundene Konzept der Energieunion, wie es die Europäische Kommission in ihrer *Rahmenstrategie* im Februar 2015 vorgestellt hat. Hier herrscht die Einschätzung vor, dass sich die polnische Seite sehr in den Verhandlungen engagieren muss, damit der Vorschlag der Europäischen Kommission dem energieintensiven polnischen Sektor einen nicht zu starken Schlag versetzt.

Die Schaffung eines internen und wettbewerbsfähigen Energiemarktes – eine wichtige Forderung für die Energieunion – findet unter den Vertretern des polnischen Energiesektors breite Unterstützung. Gleichzeitig zeigen sich fast alle Interviewpartner überzeugt, dass die Erklärungen zum Aufbau eines gemeinsamen Marktes kaum nennenswerte Folgen zeitigen werden, da sich die Staaten der Europäischen Union von ihren »Energie-

Nationalismen« leiten lassen. Die Vertreter des Energiesektors weisen übereinstimmend darauf hin, dass Veränderungen im Energiesektor eine langfristige Energiestrategie erforderten, für die ein Konsens zwischen Parteien, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Bürgern bestehen müsse. Dabei müsse die Energiesicherheit Priorität haben.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Der Text basiert auf: A. Łada, M. Skłodowska, M. Szczepanik, Ł. Wenerski: Unia energetyczna z perspektywy Francji, Niemiec, Polski i Wielkiej Brytanii [Die Energieunion aus der Perspektive Frankreichs, Deutschlands, Polens und Großbritanniens]. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2015. <www.isp.org.pl/site.php?id=1&pub=859&clang=2>

Der Bericht wurde in Zusammenarbeit mit der Stiftung Genshagen und mit Unterstützung der Europäischen Kommission in Polen, der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und dem polnischen Mineralölkonzern PKN ORLEN erstellt.

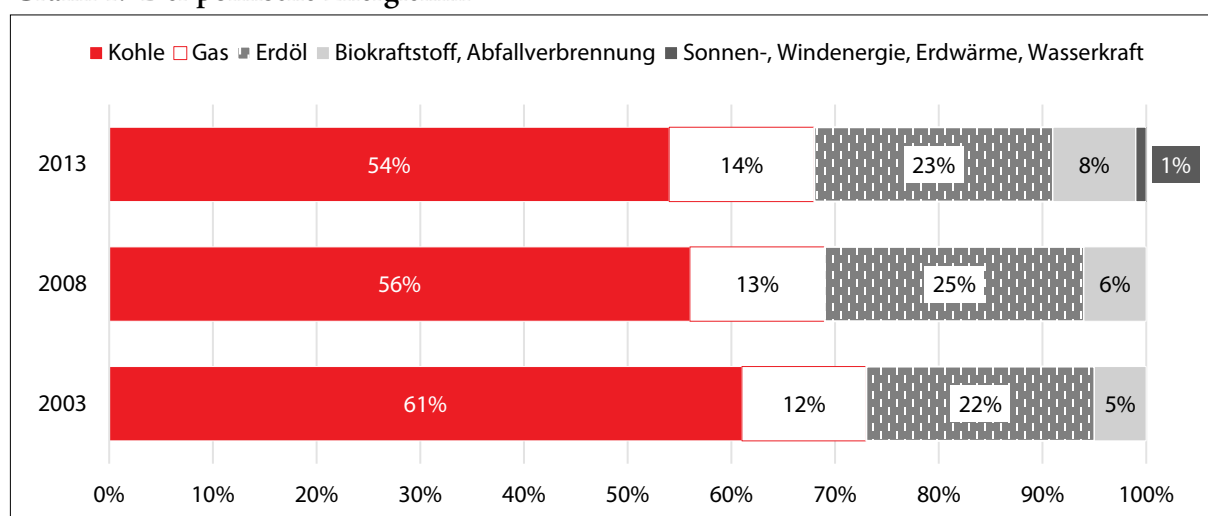
Über den Autor

Łukasz Wenerski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau (Instytut Spraw Publicznych, Warszawa) und dort Projektkoordinator des Europäischen Programms. Seine Forschungsgebiete sind die Ostpolitik der Europäischen Union, Russland, die Östliche Partnerschaft und die polnische Außen- und Europapolitik.

STATISTIK

Der polnische Energiemix

Grafik 1: Der polnische Energiemix



Quelle: International Energy Agency, 2014. <<http://www.iea.org/media/countries/slt/PolandOnepagerJune2014.pdf>> [abgerufen am 29.05.2015]. Zitiert nach: A. Łada, M. Skłodowska, M. Szczepanik, Ł. Wenerski: Unia energetyczna z perspektywy Francji, Niemiec, Polski i Wielkiej Brytanii [Die Energieunion aus der Perspektive Frankreichs, Deutschlands, Polens und Großbritanniens]. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych 2015. S. 95. <www.isp.org.pl/site.php?id=1&pub=859&clang=2> [abgerufen am 31.08.2015].

7. Juli 2015 – 31. August 2015

07.07.2015	Die Regierung beschließt ein Gesetzesprojekt zur Förderung der öffentlichen Gesundheit durch verbesserte Prophylaxe und gesünderen Lebenswandel. Ziel ist, bis zum Jahr 2020 die Zahl der Raucher um 2% zu verringern und bis zum Jahr 2025 den Anstieg von Übergewicht und Diabetes aufzuhalten sowie die Zahl der Alkoholabhängigen um 10% zu reduzieren.
08.07.2015	Staatspräsident Bronisław Komorowski reist nach Berlin, wo er von Bundespräsident Joachim Gauck empfangen wird. Weitere Treffen finden mit Bundestagspräsident Norbert Lammert und Außenminister Frank-Walter Steinmeier statt. Dies ist die letzte offizielle Auslandsreise in der Amtszeit Komorowskis, die Anfang August enden wird.
09.07.2015	Der stellvertretende Innenminister Piotr Stachańczyk erklärt auf dem informellen Treffen der EU-Innenminister in Luxemburg, dass Polen 1.000 Flüchtlinge aus Syrien sowie 1.000 Immigranten aus Nordafrika aufzunehmen bereit ist.
10.07.2015	Der Sejm verabschiedet das Gesetz zur Verhinderung sogenannter feindlicher Übernahmen von sicherheitsrelevanten Gesellschaften aus dem Energie-, Chemie- und Rüstungssektor.
14.07.2015	Nach neuesten Schätzungen der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) wird für das Jahr 2015 ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 3,4 bis 3,9% erwartet. Für die Jahre 2015 bis 2017 wird mit einem Wachstum von durchschnittlich 3,7% gerechnet.
15.07.2015	Nach neuesten Schätzungen des Finanzministeriums betrug das Haushaltsdefizit im Juni 26,15 Mrd. Zloty und war damit um 1,2 Mrd. Zloty geringer als im Haushaltsplan veranschlagt. Das Defizit im Juni macht 56,7% des im Haushaltsgesetz 2015 verabschiedeten Defizits für das Jahr 2015 aus.
16.07.2015	Das Wirtschaftsministerium teilt mit, dass Polen aus dem EU-Fonds Connecting Europe Facility (CEF) finanzielle Unterstützung für zwei Gas-Pipeline-Projekte erhält. 62,6 Mio. Euro sind für den Bau einer Verbindung mit Tschechien und 400.000 Euro für Vorbereitungsarbeiten für eine Gas-Pipeline nach Dänemark bestimmt.
17.07.2015	Bei einem Treffen mit lokalen Unternehmern und Vertretern der lokalen Selbstverwaltung in Starogard Gdański weist Wirtschaftsminister Janusz Piechociński auf einen Mangel an Vertrauen von Seiten des Staates, der Selbstverwaltungsorgane und der Gesellschaft in das Unternehmertum hin. Es sei notwendig, das Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass das Unternehmertum das wichtigste sei. Die kommenden drei bis fünf Jahre würden darüber entscheiden, ob Polen ein technologisch modernes Land wird und zu Deutschland, den Niederlanden, Skandinavien und Großbritannien aufschließt.
20.07.2015	Paweł Olszewski, stellvertretender Minister für Infrastruktur und Entwicklung, teilt mit, dass das Ministerium die Europäische Kommission aufgefordert hat, zu überprüfen, ob der seit dem 1. Juli in Norwegen geltende Mindestlohn für in- und ausländische LKW-Fahrer den Vorschriften des Europäischen Wirtschaftsraums entspricht.
21.07.2015	Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak bewertet die Kritik Russlands am aktuellen Manöver Rapid Trident 2015 im Raum Lemberg (Lviv) in der Westukraine als routinemäßig. Die Militärübung mit Beteiligung von NATO-Partnern, darunter Polen, gehöre zu den jährlich durchgeführten Aktionen, die weder das internationale Recht verletzen noch Russlands beunruhigen sollten. Das russische Außenministerium hatte am Vortag kritisiert, dass die Übung in der Westukraine den Friedensprozess zwischen der Ukraine und Russland in der Ostukraine gefährde.
22.07.2015	Staatspräsident Bronisław Komorowski unterzeichnet das Gesetz zur In-vitro-Fertilisation. In einem offenen Brief an Erzbischof Stanisław Gądecki, Vorsitzender der polnischen Bischofskonferenz, weist er darauf hin, dass das Gesetz keine Möglichkeit für Leihmutterchaft, die Wahl des Geschlechts des Kindes auf Wunsch der Eltern und Klonen von Embryos einräumt.
23.07.2015	Der Sejm beschließt das Gesetz zur Revitalisierung von sozial und infrastrukturell vernachlässigten Gebieten. Für die Jahre 2014 bis 2020 sind dafür insgesamt 25 Mrd. Zloty aus dem EU- und dem Staatshaushalt vorgesehen.
24.07.2015	Der Sejm bestimmt Adam Bodnar mit 239 Stimmen als Kandidaten für das Amt des Bürgerrechtsbeauftragten. Er war von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) vorgeschlagen worden. Da Bodnar insbesondere in konservativen Kreisen der PO umstritten ist, verhängte die Partei bei der Abstimmung Parteidisziplin. Zofia Romaszewska, Gegenkandidatin von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), erhielt 155 Stimmen. Bodnar war bisher als stellvertretender Vorsitzender der Helsinki-Stiftung tätig.

27.07.2015	Bei ihrem Besuch in Niederschlesien teilt Ministerpräsidentin Ewa Kopacz in Wałbrzych (Waldenburg) mit, dass für die Revitalisierung polnischer Städte in den Jahren 2014 bis 2020 25 Mrd. Zloty bereitgestellt würden. 22 Mrd. Zloty stammen aus EU-Programmen, der Rest wird vom Staatshaushalt und den Budgets der Selbstverwaltungen getragen. Für Wałbrzych sind 74,5 Mio. Euro (ca. 315 Mio. Zloty) vorgesehen.
28.07.2015	Nach bekannt werden von Informationen, dass die Agentur für Innere Sicherheit (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW) ca. 200 Personen beobachtet, die mit dem Islamischen Staat verbunden sind, versichert Ministerpräsidentin Ewa Kopacz, dass die Regierung alles tun werde, damit sich die Polen sicher fühlen können.
30.07.2015	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug der Warenexport im Jahr 2014 693,47 Mrd. Zloty sowie der Import 704,57 Mrd. Zloty. Im Vergleich zu 2013 stieg der Export um 7 % und der Import um 7,4 %.
31.07.2015	Nach Einschätzung des Landwirtschaftsministeriums wird sich der Export polnischer Lebensmittel- und Agrarprodukte im Jahr 2015 auf 25 Mrd. Euro belaufen. Von Januar bis Mai 2015 betrug der Export 9,3 Mrd. Euro, das ist ein Anstieg von 5,5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, so Landwirtschaftsminister Marek Sawicki. Im vergangenen Jahr wurden Waren im Wert von 22 Mrd. Euro exportiert.
01.08.2015	In ihrer Ansprache bei der Gedenkfeier aus Anlass des Beginns des Warschauer Aufstands vor 71 Jahren gegen die deutschen Besatzer hebt Ministerpräsidentin Ewa Kopacz hervor, dass die Polen gezeigt hätten, dass Heldentum und Opferbereitschaft im Kampf um die Freiheit wichtiger sein können als das eigene Leben, Gesundheit und materielle Güter. Angesichts des hohen Alters der Überlebenden des Aufstands müsse die jüngere Generation die Verantwortung dafür übernehmen, wie des Aufstands gedacht wird und welche Symbole in das nationale Gedächtnis aufgenommen werden.
04.08.2015	Landwirtschaftsminister Marek Sawicki teilt mit, dass Polen eine Strafe von ca. 160 Mio. Zloty für die Überproduktion von Milch zahlen muss. Ca. 63.500 landwirtschaftliche Betriebe hätten ihre individuelle Milchquote überschritten. Auf Antrag habe die Europäische Kommission der Streckung der Zahlungen auf drei Jahre zugestimmt.
05.08.2015	Der Sejm verabschiedet eine Gesetzesnovelle zum Umweltschutz, die die Woiwodschaftsparlamente befugt, per Beschluss die Art und Qualität von Brennstoffen und die technischen Standards für Verbrennungsanlagen festzulegen. Damit soll der Luftverschmutzung u. a. durch Öfen in Privathaushalten entgegen gewirkt werden.
06.08.2015	Andrzej Duda übernimmt das Amt des Staatspräsidenten.
07.08.2015	Der Senat bestätigt Adam Bodnar für das Amt des Bürgerrechtsbeauftragten mit 41 zu 39 Stimmen (zwei Enthaltungen). Vor zwei Wochen war Bodnar vom Sejm als Kandidat bestimmt worden. Bodnar war vorher Vize-Vorsitzender der Helsinki-Stiftung.
10.08.2015	Die Europäische Kommission gibt bekannt, dass das auf mehrere Jahre angelegte Programm Polens im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der Europäischen Union genehmigt wurde und Polen bis zum Jahr 2020 69,3 Mio. Euro zur Finanzierung seiner Migrationspolitik erhält. Polen wird innerhalb von zwei Jahren 2.000 Flüchtlinge und Immigranten aus Syrien und Eritrea aufnehmen.
11.08.2015	Infolge der Hitzewelle und des niedrigen Wasserstandes ordnet die Regierung eine Beschränkung des Stromverbrauchs für große Betriebe bis zum Monatsende an. Nicht betroffen sind Krankenhäuser, Flughäfen, militärische Einrichtungen u.ä sowie Privatabnehmer.
13.08.2015	Staatspräsident Andrzej Duda, Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak und der Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), Paweł Soloch, nehmen am Kommandowechsel des Multinationalen Korps Nord-Ost in Stettin (Szczecin) teil, bei dem Bogusław Samol, General der Polnischen Armee, von Bundeswehrgeneral Manfred Hofmann abgelöst wird. Der Führungswechsel in der NATO-Einheit findet alle drei Jahre statt.
14.08.2015	In einem Telefonat unterstreichen Staatspräsident Andrzej Duda und sein ukrainischer Amtskollege Petro Poroschenko die Notwendigkeit, die Anstrengungen für den Friedensprozess in der Ukraine mit Hilfe einer breiten Koalition, darunter Polen, zu verstärken. Duda bestätigt die Fortsetzung des Engagements Polens in der Ostpolitik.
15.08.2015	In Warschau findet aus Anlass des Tages der Polnischen Armee eine Militärparade in Anwesenheit von Staatspräsident Andrzej Duda statt. An der Parade nehmen neben polnischen Soldaten auch Soldaten der US-amerikanischen und der kanadischen Armee teil.

17.08.2015	Bei ihrem Besuch im Stahlkonzern ArcelorMittal in Krakau (Kraków) sagt Ministerpräsidentin Ewa Kopacz, die Unterstützung der Schwerindustrie in Polen habe für ihre Regierung Priorität. Sie verweist auf das von der Regierung im Juni vorgestellte Programm für die Woiwodschaften Schlesien und Kleinpolen, das Erleichterungen und Unterstützungsmaßnahmen für die Schwerindustrie vorsieht, um diese rentabler und wettbewerbsfähiger zu machen.
18.08.2015	Die Regierung verabschiedet ihr Programm für die Zusammenarbeit mit den im Ausland lebenden Polen für die Jahre 2015 bis 2020. Strategische Ziele zur Stärkung der Kooperation sind die Förderung des Polnischunterrichts und die Vermittlung der polnischen Kultur im Ausland, die Stärkung der Position der Polonia im betreffenden Land und die Entwicklung wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Kontakte zwischen Polen und der Polonia.
23.08.2015	Staatspräsident Andrzej Duda wird in Tallinn (Estland) von Präsident Toomas Hendrik Ilves zu einem eintägigen Staatsbesuch empfangen. In seiner Rede hebt Duda in Anspielung auf den russisch-ukrainischen Konflikt die Achtung des internationalen Rechts als wesentlich für die Erhaltung des Friedens in der Welt hervor. Die Zusammenarbeit in Ostmitteleuropa sei von größter Wichtigkeit und müsse im Rahmen der NATO und der EU umgesetzt werden. Ilves weist auf die Rolle Polens als führende Kraft für die regionale Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen hin.
25.08.2015	Landwirtschaftsminister Marek Sawicki teilt mit, dass die Regierung 488 Mio. Zloty bereitstellt, um landwirtschaftliche Betriebe für Verluste infolge der großen Trockenheit zu entschädigen. Derzeit sind ca. 100.000 Betriebe betroffen, die Schäden liegen in Milliardenhöhe.
26.08.2015	In einem Interview mit der »Bild-Zeitung« spricht sich Staatspräsident Andrzej Duda für die Fortsetzung der sehr guten Beziehungen zwischen Polen und Deutschland aus. Im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Konflikt sagt Duda, nach dem Bruch des Völkerrechts durch Russland müsse Europa darauf bestehen, dass der frühere Status quo wieder hergestellt wird. Er würdigt die entschlossene Haltung von Bundeskanzlerin Angela Merkel gegenüber Russland im russisch-ukrainischen Konflikt als vorbildlich für Europa.
28.08.2015	Staatspräsident Andrzej Duda wird in Berlin von Bundespräsident Joachim Gauck sowie von Bundeskanzlerin Angela Merkel empfangen. Einvernehmlich wird der Wille zur Fortsetzung der guten deutsch-polnischen Beziehungen bekräftigt. Es ist Dudas zweite Auslandsreise in seiner Funktion als Präsident.
30.08.2015	Staatspräsident Andrzej Duda nimmt in Stettin (Szczecin) an den Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der Unterzeichnung der »Augustvereinbarungen« und der Entstehung der Solidarność teil. In seiner Rede weist er darauf hin, dass der polnische Arbeitsmarkt heute zahlreiche negative Entwicklungen wie befristete und instabile Arbeitsverhältnisse, Schwarzarbeit und Arbeitslosigkeit aufweist.
31.08.2015	Am 35. Jahrestag der Unterzeichnung der »Augustvereinbarungen« bezieht sich Ministerpräsidentin Ewa Kopacz auf die Streitigkeiten im Vorfeld der Feierlichkeiten in Danzig (Gdańsk) und mahnt, dass dies ein außergewöhnlicher Feiertag sei und es sich um ein [gemeinsames] Vaterland und einen [gemeinsamen] Grund, auf seine Geschichte stolz zu sein, handele.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓLPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2015 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen